

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Carl Schölermann
Redaktion: Dresden, Poststr. 10
Telefon: 20011
Schließung: Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-L. 1, Marktplatz 88/89

Verlagspreis vom 16. bis 31. Dezember 1933 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM.
Wochensatzpreis für Monat Dezember 2.40 RM. ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Wochensatzpreis 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:
die einpöhlige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für anderwärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellen-
angebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 15 Pf., die 20 mm breite Zeile 200 Pf., außer-
halb 250 Pf., Offiziensätze 50 Pf., vierteljährliche Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Neff & Neff, Dresden, Poststr. 10, 1068 Dresden
Redaktion nur mit briefl. Carbonschreiben
(Dresden, Markt) zulässig. Unverlangte
Gesandtheiten werden nicht aufbewahrt

Gewaltige Bauprojekte Frankreichs auf unsere Kosten

Millionenpläne auf Reparationskonto

Berlin, 28. Dez. Während zurzeit noch große Verhandlungen über Vergütung großer französischer Bauaufträge an deutsche Firmen auf Reparationskonto schweben, ist es der in dem „Deutschen Baukongress“ in Berlin zusammengekommenen Gruppe von Bauunternehmern gelungen, in Frankreich bedeutende Aufträge zu erhalten. In Bordeaux werden große Anlagen ausgeschrieben. Der Vinnenhafen an der Seine bei Bonneuil oberhalb von Paris wird nach modernsten Grundrissen ausgebaut, und in den Pyrenäen ist mit der Anlage großer Schachtwerke begonnen worden. An der Rhône werden an einem ihrer Zuflüsse im Unterlauf umfangreiche Kanalbauarbeiten in Angriff genommen. Das Hauptwerk ist die Umleitung des Alpenflusses Verdon, an dem eine Reihe von Staustufen in Verbindung mit Kraftwerken angelegt werden. Diese Arbeiten, die sich auf mehrere Jahre erstrecken werden, sind sehr kompliziert. Ställe werden umgeleitet, Brücken und Straßenbauten sind notwendig.

ganze Dörfer werden umgesiedelt, da sie vom Erdboden verschwinden müssen, um dem Staubecken Platz zu machen. Mitten in der Alpenwildnis wird ein Barackenlager für mehrere hundert Arbeiter errichtet. Nach längeren Verhandlungen mit der französischen Regierung und den französischen Gewerkschaften ist es gelungen, die Zustimmung zu erhalten, einen großen Teil der Arbeiten deutschen Arbeitsträgern ausführen zu lassen, die in diesen Werklagern angeschlossen werden. Es wird dort eine kleine deutsche Niederlassung mit eigener Kantine, eigenem Sportplatz, Theaterklub, Postamt und Poststelle errichtet. Am ganzen werden an den verschiedenen Baustellen 1500 deutsche Arbeiter von dem „Deutschen Baukongress“ beschäftigt werden. Die Gesamtsumme der bisher dieser Gruppe erteilten Aufträge, die über Reparationskonto verrechnet werden, beläuft sich auf nicht weniger als 45 Millionen Mark.

Zusammentritt der Reparationskommission

Paris, 28. Dez. Nach dem „Temps“ wird die Reparationskommission wahrscheinlich am 5. Januar zusammentreten, um die Ernennung der von den in der Reparationskommission vertretenen Regierungen bezeichneten Sachverständigen rein formal zu vollziehen. — Die Ernennung der deutschen Sachverständigen wird voraussichtlich erfolgen, nachdem der Termin über den Zusammentritt der Sachverständigenkonferenz festgesetzt ist. Die Hinzuziehung besonderer Sachverständigen hängt von der Entscheidung der deutschen Sachverständigen ab, da die Reichsregierung in keiner Weise die Unabhängigkeit der Sachverständigen behindern will.

Nanking löst die Armeen der Generale auf

Die Vereinigung der chinesischen Bürgerkriege

Berlin, 28. Dez. Eine am 26. Dezember in Nanking zusammengetretene Konferenz zur Demobilisierung und Reorganisation der chinesischen Armee und zur Auflösung illegaler Kontingente der Militärregierungen scheint dem letzten ethischen und oppositionellen Marschall die Waffen aus der Hand zu winden. Insgesamt befreit man die unter den Waffen stehenden Mannschaften auf 1,6 Millionen, wovon 1 Million als „Regierungsgruppen“ bezeichnet werden. Diese werden repräsentiert durch die Armeen Tschangkaifschel, Feng Yutang und die der Avantgarde, deren führender General Lichaisun ist. Diese drei Gruppen gelten als der Regierung bedingungslos ergeben. Zu entwaffnen sind die Armeegruppen, die sich in den inneren weissen Provinzen gehalten haben, in erster Linie die des Generals Luna Han in der an Britisch-Indien stotenden Provinz Hunnan und die lose zusammengefasste Armeegruppe in der Provinz Szechuan nördlich des Oberlaufes des Jangtsi, die im großen und ganzen unter Führung des Generals Han Sen steht und rund 200.000 Mann zählt. Die Frage der Auflösung der Armee Tschangkaifschel unter seinem Sohn Tschang Kailian dürfte, um neue Streitkräfte mit Japan zu vermeiden, vorläufig aus der Debatte bleiben. Doch ist diese Gruppe inzwischen unerheblich geworden.

China gewährt England Meistbegünstigung

Hier Staaten verzichten auf Exterritorialität

London, 28. Dez. Der nunmehr in Vorkant veröffentlichte neue englisch-chinesische Zolltarifvertrag entspricht den allgemeinen Voraussetzungen und Erwartungen. England erteilt die Tarifhoheit China an, während die Frage der Exterritorialität nicht berührt wird. Großbritannien und sämtliche britischen Dominien wird durch den Vertrag die Meistbegünstigungsklausel ausgenommen. Wesentlich ist der Umstand, daß der „Pekin“, die nach eigenem Ermessen der Gouverneure zu zahlende Provinzialabgabe auf einanderkaltene Verhinderung, daß sie auf die Abschaffung der Einkommensteuer, Baren, für die einmal ein Einkommensteuergesetz ist, sollen von allen weiteren Abgaben befreit sein. Außer dem britisch-chinesischen Vertrag sind auch die neuen Verträge Chinas mit Holland, Portugal,

Der Senat billigt die Erhöhung der Diäten

Paris, 28. Dez. Der Senat hat mit 140 gegen 107 Stimmen die Erhöhung der parlamentarischen Diäten gemäß dem Antrag des Finanzministers Chéron (45.000 plus 1250 Franken monatliche Wohnungsschadigung) angenommen. Dieses Gesetz bedarf noch der Annahme durch die Kammer, an der kaum gezweifelt werden kann. Bei Beginn der Beratung hatte sich Ministerpräsident Poincaré erhoben und den Sitzungssaal verlassen, um an der Diskussion und Abstimmung nicht teilnehmen zu müssen. Durch den Auszug der Beratung bleibt die Lage innerhalb der Regierung unverändert, so daß nach wie vor in den Verhandlungen des Senats die Meinung verbreitet ist, die Regierung werde im kommenden Januar zum Rücktritt gezwungen sein.

Erzbischöfliches Einschreiten gegen Haeg

Ein autonomistischer Redakteur im Bunde mit Benoit?

Paris, 28. Dez. Nach einer vom „Temps“ wiedergegebenen Meldung aus Straßburg kündigt die Zeitung „La République“ an, daß der Erzbischof von Straßburg, auch auf Grund eines Schriftwechsels mit dem Vatikan Abbé Haeg, dem Leiter des „Erläuternden Courtes“ in Kolumar, Abbé Schleg, dem Leiter des in Straßburg erscheinenden „Erläuterers“, die Ausübung der geistlichen Tätigkeit verboten habe. Abbé Schleg sei hiervon bereits verhandelt worden.

Die „Temps“ aus Straßburg meldet, wurde ein Redakteur der autonomistischen Zeitung „Die Volkstimme“, Thomas, zwischen dem 12. und 15. November von Benoit um die Adresse des Generalstaatsanwalts nachgefragt. Thomas habe damals keine Auskunft geben können, aber versprochen, Benoit zu schreiben. Es sei auch für Benoit ein postlagernder Brief auf der Bahnpost in Straßburg eingegangen, aber nicht abgeholt worden. Dieses Schreiben wurde beschlagnahmt. Thomas soll verschwunden sein. Der „Temps“ will mitteilen können, daß Thomas bereits vor einem Jahre unter dem Verdacht, an einem Komplott teilgenommen zu haben, verhaftet, aber wieder freigelassen worden sei.

Ein Aufruf gegen Aman Allah

Konstantinopel, 28. Dez. Wie aus Kabul gemeldet wird, hat der Stamm der Schinwari an das afghanische Volk einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, daß der Stamm seinen Kampf gegen den König nicht aufgeben sollte. Selbst wenn es den Regierungstruppen gelingen sollte, die Hauptkräfte der Aufständischen zu schlagen, würden sie sich in die Berge zurückziehen und sich nicht dem König ergeben. Der Bürgerkrieg ist somit, entgegen den optimistischen Meldungen der afghanischen Regierung, nicht eingestellt, sondern lediglich unterbrochen. Im Zusammenhang mit der Reise der Königin-Mutter zum Stamm Schinwari erklärt dieser, daß ihr keine Gefahr drohe. Verhandlungen seien jedoch zwecklos, weil der König das Land mit der Europäisierung nicht zum Wohlstand führen könne.

Abichaffung des Turbans auch in Persien

London, 28. Dez. Das persische Parlament nahm nach Berichten aus Teheran eine Gesetzesvorlage an, durch die das Recht des Tragens von Turbanen auf Prediger und Religionsstudenten beschränkt wird. Für alle übrigen Schichten der Bevölkerung wird das Tragen europäischer Kleidung und eines der französischen Militärkappe ähnlichen Dutes zwangsweise angeordnet.

Anschlag auf eine italienische Zeitung in Tunis. Nach einer Davadmeldung wurde in der Nacht gegen das Gebäude der in italienischer Sprache erscheinenden Zeitung „Unione“ eine Bombe geschleudert. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden beträgt etwa 100.000 Franken.

Wir und Rußland

Der Sowjetstaat hat ein sich ständig steigendes Kapitalbedürfnis, das nicht durch Millionen, sondern nur durch Milliarden befriedigt werden kann. Da ihm aber Anleihen in den bürgerlich regierten Ländern nicht mehr zur Verfügung stehen, so sucht er sich durch langfristige Wirtschaftskredite, die ihm bis jetzt von verschiedenen Seiten und auch von uns bewilligt worden sind, sowie durch ein System von Wechselreiterei aus der Klemme zu helfen, dessen nähere Einzelheiten wohl durch die in Paris eingeleitete Untersuchung aufgeklärt werden dürften, nachdem man dort den Bruder des sowjetischen Volkskommissars Litwinow als Mitschuldigen beim Schiffsittchen genommen hat. Die Wechselreiterei ist ein Akt der großen geschichtlichen Tragödie, die durch das verzweifelte Ringen des Bolschewismus um seine Existenz inmitten einer bürgerlichen kapitalistischen Welt dargestellt wird; einer Welt, die noch immer auf so festem Fuße steht, daß die Moskauer Revolutionierungsversuche nicht vom Fleck kommen wollen. Wenn ein geordneter bürgerlicher Staat mit einem solchen eigenartigen Partner einen Handelsvertrag abschließt, so muß er sich natürlich bewußt sein, daß er im Laufe der Zeit mit Unregelmäßigkeiten und Hemmnissen zu rechnen hat, die beim Wirtschaftsverkehr zwischen gleichartigen Kulturstaaten fortlassen. Mit diesem Vorbehalt ist auch der neue deutsch-russische Wirtschaftsvertrag zu versehen, von dessen Abschluß es bereits nach der kurzen Frist von drei Wochen gekommen ist, nachdem die Verhandlungen wegen der willkürlichen Verhaftung deutscher Ingenieure lange unterbrochen waren. Es handelt sich zwar zunächst noch nicht um die eigentlichen Vereinbarungen über den Posttarif, sondern um die Regelung gewisser grundsätzlicher Fragen, die bisher in ihrer Ungeklärtheit einen ordnungsmäßigen Handelsverkehr hinderten, aber dieser Umstand schwächt die Bedeutung des Abkommens nicht ab. Sie ist vielmehr darin gegeben, daß die Erledigung der jetzt im wesentlichen bereinigten Punkte für uns die unerlässliche Voraussetzung jedes weiteren Fortschrittes in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen bildet. In Betracht kommen insbesondere die von Deutschland geforderten Erleichterungen für den Reiseverkehr und Aufenthalt, die unverzügliche Mitteilung an die deutsche Botschaft bei Verhaftungen von Deutschen, die freiere Bewegung unseres Botschafters gegenüber den Moskauer amtlichen Stellen und die Eindämmung des bisherigen überhöhten sowjetischen Begriffs der Wirtschaftsspionage, so daß künftig nicht jede sachliche Verbreitung von wirtschaftlichen Nachrichten aus Rußland, sofern nicht Verbot von Geschäftsgeheimnissen vorliegt, als Spionage verfolgt werden darf. Wenn die russischen Unterhändler hier unsere Wünsche in gewissem Umfang berücksichtigen haben, so offenbart sie dadurch den Willen, die Deminisse aus dem Wege zu räumen, die bisher das Zustandekommen eines Tarifvertrages verhindert haben, und man wird daher deutscherseits den weiteren Verhandlungen nicht ohne Zuversicht entgegensehen dürfen. Das ist ein Erfolg, der wesentlich mit auf das Konto unseres leitenden Unterhändlers, des Ministerialdirektors Dr. Pöffe, gesetzt werden muß, der bereits bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sein besonderes Geschick zur Förderung solcher schwierigen Beratungen bewiesen hat. Wenn es unierem ebenfalls sehr tüchtigen Warschauer Unterhändler, Dr. Dornes, bislang nicht beschieden war, etwas Positives zu erreichen, so liegt das an dem überauswenig nationalstaatlichen, gar nicht realpolitisch eingestellten Charakter der Polen, denen man absolut kein Verständnis dafür beibringen kann, daß jeder Wirtschaftsvertrag ein Kompromiß darstellt, bei dem nicht der eine Teil bloß geben und der andere bloß empfangen kann, sondern bei dem Opfer von beiden Seiten gebracht werden müssen.

Daß in so kurzer Zeit überhaupt etwas, wenn auch nicht voll Befriedigendes für uns erreicht werden konnte, ist besonders bemerkenswert, wenn man sich vergegenwärtigt, wie scharf noch kürzlich die Sowjetpresse gegen Deutschland Front machte, als die deutschen Auslandsgläubiger aus Vorkriegsschulden sich an die englisch-französische Gläubigerorganisation angeschlossen und die deutschen wirtschaftlichen Spitzenorganisationen Schritte unternommen hatten, um dem sowjetischen staatlichen Außenhandelsmonopol eine einseitige deutsche Wirtschaftsfrent entgegenzusetzen, deren Zweck ist, durch Ausschalten des eigenen deutschen Konkurrenzkampfes auf dem russischen Markt zu verhindern, daß das an sich schon slawische Rußengeschäft noch weiter entwertet wird. Damals erging sich die Sowjetpresse in sehr heftigen Ausfällen gegen Deutschland, warf uns grundlos vertragswidriges Handeln gegen die russischen Interessen vor und drohte mit Vergeltungsmaßnahmen. Von diesem Standpunkte ist man in Moskau nunmehr zurückgekommen, und das hat seinen Grund nicht bloß in zwingenden wirtschaftlichen Erwägungen, sondern augenscheinlich auch in Rücksichten der auswärtigen Politik, in der sich der Sowjetstaat durch die englisch-französischen Einkreisungsbestrebungen bedroht fühlt. Wie stark die Atmosphäre in London und Paris durch das neue englisch-französische Einvernehmen Rußland gegenüber beeinflusst wird, zeigt die Tatsache, daß es nur eines Winkes von London aus bedurfte, um Frankreich zum Abbruch der bereits eingeleiteten Vorbeibringungen mit dem Sowjet, welche die Grundlage zu offiziellen Wirtschaftsverhandlungen bilden sollten, zu veranlassen. Dazu kommt, daß England sich auch mit Japan über die Organisation der antibolschewistischen Propaganda im fernen Osten geeinigt hat, und ferner hat sich in Frankreich eine Bewegung gebildet,